

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

30.11.1862 (No. 282)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 30. November.

N. 282

1862.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen auf den Monat Dezember der Karlsruher Zeitung.

Amlicher Theil.

Karlsruhe, 29. November.

Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 26. d. M. Sich gnädigst bemogen gefunden, den Geheimen Regierungsrath Freiherrn von Reichlin-Meldegg bei der Regierung des Seetreibes in den Ruhestand zu versetzen; den Oberamtmann W. H. in Schoepheim zum Regierungsrath und vorstehenden Rath bei der Regierung des Seetreibes der Kammerpräsidenten C. v. J. in Pforzheim zum Assessor, und den Referendar W. H. in Pforzheim zum Sekretär bei der genannten Stelle, den Oberamtmann W. H. in Pforzheim zum Stadtdirektor, die Amtmänner K. in Oberkirch, M. in Neu-Nacht, und H. in Dornach zum Oberamtmannern zu ernennen; die Amtsvorstände in Schoepheim dem Amtmann E. in Pforzheim, in Neckarbischofsheim dem Amtshauptmann S. in Pforzheim, unter Ernennung desselben zum Amtmann zu übertragen; den zweiten Beamten bei dem Bezirksamt Neustadt, Amtmann v. H. in gleicher Eigenschaft zu dem Oberamt Neustadt zu versetzen, und die zweite Beamtenstelle bei dem Oberamt Pforzheim dem Referendar W. H. in Pforzheim, dem Oberamt Neustadt zu übertragen.

Nicht-Amlicher Theil.

Telegramme.

Berlin, 28. Nov. (M. Z.) Die „Sternzeitung“ erfährt, daß eine Antwort auf die durch den „Märkischen Kurier“ veröffentlichte Depesche des württembergischen Ministers des Auswärtigen, betreffend der Handelsverträge, nicht erfolgt ist, und es werde auch eine Antwort nicht beabsichtigt.

Wien, 28. Nov. (M. Z.) In der heutigen Unterhausung wurde der Staatsvoranschlag und das Budget für 1863 vollständig erledigt. Der Ausschussantrag, den außerordentlichen Zuschlag bei der Grundsteuer, der Hauszinssteuer, der Hauslastensteuer, der Grunderwerbsteuer und der Einkommensteuer zu verdoppeln, die Grundsteuer auf 7 Prozent zu erhöhen, ward angenommen.

Petersburg, 28. Nov. (Köln. Bl.) Die heutige Nordische Post enthält ein Birkular des Ministers des Innern, welches den Gouverneuren mittheilt, daß einem kaiserl. Befehl zufolge die Detailgesetze, der neuen Gerichtsverfassung...

Amerikanische südliche Generale.

(S. 1. u. 2. d. Bl.) ... Ein Kapitän von 1834, und 1861 Lieutenant im ersten Kavallerieregiment, und John Van Hook Major, ein Kapitän von 1826, mit großer Auszeichnung im mexikanischen Krieg, und 1861 Major, Lieutenant und württembergischer Hauptmann im ersten Infanterieregiment. Beide aus Virginia. Die letzten Generale gleichen Namens sind, ist dem Verfasser nicht bekannt, doch nicht zu...

Neu-York, 15. Nov. (M. Z.)

General Grant befindet sich in der Nähe von Winchester. Die nordamerikanischen Blätter versichern, daß das Armeekorps von General Sherman seine Winterquartiere beziehen werde. Dieselben schätzen die Lage der Dinge in Hinsicht der öffentlichen Sicherheit als bedauerlich. Die Unionisten sind nach New York zurückgekehrt, nachdem sie sich in New York, wo die Südlischen in bedeutender Stärke stehen, bis auf 11 Meilen genähert hatte. Die Südlischen sind aus New York, in Virginia, vertrieben worden. Dem Kongress wird eine Petition vorgelegt, welche von der Regierung die Entlassung 4/5 Proz. Obligationen auf 20 Jahre verlangt. Diese Obligationen sollen zur Wiedereinrichtung der öffentlichen Schuld und zur Einlösung der Schatzscheine dienen. Es wird halbhoftvoll angezeigt, daß keine Freunde der Regierung in Washington, offiziell die Absicht kundgegeben habe, die Südlischen auszuernennen. Bei der Jolyerwaltung in New York sind Anterscheine in großem Maßstab entdeckt worden.

Neu-York, 19. Nov. Ein Tagesbefehl des neuen Oberbefehlshabers, General Burnside, stellt die Potomac-Armee in drei Divisionen unter den Generalen Sumner, Franklin und Hooker. Die Unionisten haben Warrenton geräumt und sind nach Fredericksburg zurückgekehrt. Ein Bericht will wissen, daß General Davis die Verkauf einer Million Baumwollensackeln, das Pfund zu 7 1/2 Cent, an die Bundesregierung beschließt. Die Organisation von Baumwollensendungen nach Mexiko, Cuba und anderen Ländern ist in New York 4 Millionen Südlischer Schatzscheine mit Wechsel zu 90 angekauft worden.

Bera-Cruz, 1. Nov. Die Mexikaner treffen große Vorbereitungen zur Vertheidigung von Puebla und Mexiko. Das gelbe Fieber läßt nach. Ein Draken hat großen Schaden verursacht. Die Schiffe „Bera-Cruz“ und „Scrips“ sowie zwei französische Transportschiffe sind mit großer Menschenverlust gescheitert.

Furin, 27. Nov. Der Kongress in der Republik von Venedig hat sich mit dem Ministerpräsidenten über dessen Entlassung geäußert. Er bekräftigt, das Kattazi der Väter einige Versprechungen gemacht habe, um ihre Unterstützung zu erlangen. Kattazi überlegt diese Angelegenheit. Andere Abgeordnete ergründen das Wort in persönlichen Fragen, welche durch die Rede Kattazi's hervorgerufen wurden. Wer die Väter, daß seine Verhaftung die seiner Kollegen wegen eines flagranten Vergehens stattgefunden habe. Er bekräftigt, daß er mit Garibaldi und Galvino in einer persönlichen Abicht und um den Bürgerkrieg zu verhindern, nach Gallien gereist sei. Sie waren auf der Rückreise nach Turin, als man sie in Neapel verhaftete. Mordini hofft, die Kammer werde hinsichtlich der geschwundenen Angelegenheit, die ihn und seine Kollegen betreffen, Gerechtigkeit üben. Kattazi und Galvino fügen einige Erklärungen bei.

Marseille, 27. Nov. (Abends.) Ein Sekretär der englischen Gesandtschaft in Athen ist hier angekommen und...

London, 22. Nov. (M. Z.)

Die griechische Regierung bezüglich der letzten in Konstantinopel vorgefallenen Demonstrationen der Hellenen, deren Wiederholung leicht die Ruhe stören und daher mindere Rücksicht finden könnte. Die Waffen, die vor 18 Monaten nach den Donaufürstenthümern geschmuggelt werden sollten, von der Pforte aber requirirt wurden, sind nach Entschädigung des Importeurs durch die italienische Regierung letzterer übergeben worden, und werden nach Genua gebracht.

Konstantinopel, 22. Nov. (über Athen.) Die Pforte richtete eine freundschaftliche Note an die griechische Regierung bezüglich der letzten in Konstantinopel vorgefallenen Demonstrationen der Hellenen, deren Wiederholung leicht die Ruhe stören und daher mindere Rücksicht finden könnte. Die Waffen, die vor 18 Monaten nach den Donaufürstenthümern geschmuggelt werden sollten, von der Pforte aber requirirt wurden, sind nach Entschädigung des Importeurs durch die italienische Regierung letzterer übergeben worden, und werden nach Genua gebracht.

Athen, 26. Nov. In Athen und Hydra haben große Demonstrationen zu Gunsten des Prinzen Alfred von England stattgefunden. Die Ruhe dauert fort.

Preussische Depesche, die Kurhessische Angelegenheit betreffend.

Die „Sternzeitung“ theilt die am 24. d. von Berlin nach Kassel an den Vorstand des kurfürstl. Ministeriums des Auswärtigen, Hrn. v. Dehn-Rotfischer, abgegangene Depesche mit. Dieselbe lautet: ... Da auch in Folge des von meinem Hrn. Amtsbevollmächtigten unter dem 26. Sept. d. J. an Ew. Hochwohlgeboren gerichteten Schreibens von E. Königl. Hoheit dem kurhessischen Erbkönig zur Wiederherstellung regelmäßiger diplomatischer Beziehungen mit Preußen noch nicht beliebt worden sind, so wählte ich den Weg einer unmittelbaren schriftlichen Mittheilung, um das Folgende zur Kenntniß der kurhessischen Regierung zu bringen. In dem Hrn. Hochwohlgeboren befaßten Ew. Königl. Erbprinzen des kurhessischen Hofes, dem Hrn. v. Dehn-Rotfischer, die dem 21. Juni d. J. gemachten Zusagen und genehmigten Bedingungen des Vortrages selbst, zu einer Erledigung des Verfassungsvertrages führen werde. Die kurhessische Regierung gab hieron ihren deutschen Bundesgenossen...

zu seiner Körpergröße, sondern auch absolut und ohne Rücksicht auf dieselbe. Ein Eiter hat 3. U. ungeschult seines größern Körpers weniger Gehirn im Schädel als der Mensch, und selbst das Gehirn des Elefanten hat weniger Masse als das des Menschen. Am meisten näherte sich uns in dieser Beziehung die Affen, insbesondere der Orang-Utan und der erst vor kurzem entdeckte Gorilla, aber gleichwohl hat das Gehirn des letzteren ungeachtet seiner bedeutenden Körpergröße, nur ungefähr halb so viel Masse als das der Mensch und Australier, obwohl diese im Vergleich mit den übrigen Menschen am wenigsten Gehirn haben. Bei weitem größer ist der Unterschied zwischen dem Gorilla und der kurhessischen Menschenrassen, zu welcher der Europäer gehört. Der Schädel der letzteren enthält nämlich nach gemessenen Messungen 92 bis 114 Kubikoll Gehirnmasse, während das Gehirn des ausgewachsenen Gorilla höchstens 35 Kubikoll beträgt. ... Sie gehen mir eine Tribüne, aber Ihre Tribüne ist das Stillstehen. Sie können sich denken, welchen Eindruck von dem Inhalt dieser Worte der Abend bei der akademischen Jugend, den Hauptbesuchern des Odeon-Theaters, hervorriefen. ... Sie werden Montag im Theater Francais zur Aufführung kommen. Für Pateonelles Orchester, welche gewöhnlich 7 Kr. kosten, werden bis zu 100 Kr. bezahlt.

Kenntnis, und es wurde unmittelbar darauf von dem kais. österr. i-
schen Kabinet eine der beiseitigen ganz entsprechende Aeußerung nach
Kassel gerichtet, von den übrigen deutschen Regierungen und aber das
vollste Einverständnis zu erkennen gegeben.

Das unser wohlmeinender Rath eine gleiche Aufnahme an der ent-
scheidenden Stelle in Kurlassen nicht gefunden hat, ergeben leider die
Thatfachen.

Von der jetzt verhandelten Ständerversammlung ist nämlich ein großes
Maß von Bereitwilligkeit zur Beendigung des vieljährigen Haders und
zur Herstellung eines dauernden Friedens an den Tag gelegt, aber nicht
durch Entgegenkommen der kurlass. Regierung erwidert worden.

Die vorhandenen Schwierigkeiten sind durch Zögern und Hinhalten
gesteigert, und es besteht die Gefahr unabsehbarer Verlängerung des
Streits, dessen Beilegung das in der kurlass. Verordnung vom 21. Juni
gegebene Wort bestimmt erwarten ließ.

Die kurlass. Regierung kann jedoch zwischen ihren Provinzen, inmitten
von Deutschland, einen Herd von sich erneuernder Aufregung und Un-
ruhe schon in ihrem eigenen Interesse nicht fortbestehen lassen.

Deshalb wiederhole ich ergebenst durch das gegenwärtige Schreiben die
dringende Aufforderung, daß endlich für die Herstellung eines gesicherten
und allseitig anerkannten Rechtszustandes in Kurlassen, wie der Bun-
desbeschluß vom 29. Mai d. J. denselben verlangt, das Gelegene ge-
schehen und in diesem Sinne mit dem Landtag im Geiste wirklicher
Verständlichkeit verhandelt werden möge.

Sollte diese Aufforderung sich wider Verhoffen als erfolglos erwei-
sen, so würde die kurlass. Regierung die Absicht zwar zunächst durch
Vermittlung des Deutschen Bundes suchen. In so fern aber aus sol-
chem Wege sich eine Remedur nicht so vollständig und so schnell errei-
chen läßt, als die kurlass. Regierung dieselbe erlangen muß, ist es die
auch seit dem Frühjahr dieses Jahres unverändert gebliebene Absicht
Er. Maj. des Königs, das dabei von dem Interesse Kurlassens und
Deutschlands nicht verschiedene eigene Interesse durch eigene Mittel
zu wahren und hierbei zu beharren, bis, unter Zuziehung der Agna-
ten Er. Königl. Hoheit des Kurfürsten, dauernde Bürgschaften gegen
die Wiederkehr ähnlicher Mißstände als die jetzigen gewonnen sind,
Empfangen. Er. Hochwohlgebornen die Versicherung meiner ausge-
zeichneten Hochachtung.

Der kurlass. preussische Ministerpräsident und Minister der aus-
wärtigen Angelegenheiten,
(ge.) v. Bismarck.

An
den kurlass. heftigen Staatsrath und Vorstand
des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten
Hrn. v. Dehn-Koselker, Hochwohlgebornen zu Kassel.

Preussische Rückänderung an Bayern.

Die Note des Hrn. v. Bismarck auf die letzte Depesche der
bayerischen Regierung in Betreff des Handelsvertrags
lautet nach der „Allg. Ztg.“

Graf v. Montgelas hat der kurlass. Regierung Mitteilung von der
Depesche des Hrn. v. Schrend vom 28. Sept. d. J. gemacht, welche sich
auf die am 2. Aug. d. J. unterzeichneten Verträge mit Frankreich be-
zieht.

Insofern diese Depesche die Absichten und Einwendungen der k. bay-
rischen Regierung gegen die gedachten Verträge zusammenstellt und noch-
mals entwickelt, erlaube ich mir auf die früheren diesseitigen Eröffnungen
Bezug zu nehmen. Ich müßte bedauern, daß ich bei näherem Eingehen
auf jene Bedenken und Einwendungen nur bereits Gelegenes zu wieder-
holen hätte, ohne dadurch die Sache selbst zu fördern, und ich glaube auf
eine solche Fortsetzung der Diskussion verzichten zu dürfen.

Es ist uns inzwischen die anderweitige Erklärung der k. württembergi-
schen und die Rückänderung der groß. heftigen Regierung zugegangen.
Diese beiden Regierungen haben die Zustimmung zu den Verträgen mit
Frankreich entschieden versagt, und wir haben darin nur den Ausdruck
ihres Willens erblicken können, den Zollverein mit uns über die Dauer
der gegenwärtig laufenden Vertragsperiode nicht fortzusetzen.

Indem dagegen in der Depesche des Hrn. v. Schrend nicht nur der
Wunsch nach einer Verständigung, sondern auch die Ansicht ausgespro-
chen wird, daß diese Verständigung wohl ohne besondere Schwierigkeiten
herbeigeführt werden könne, glaube ich die Hoffnung nicht aufgeben zu
können, daß man k. bayrischer Seite noch eine Annäherung in Aussicht
genommen habe.

Wenn diese Voraussetzung keine irrthümliche ist, so würden wir einer
näheren Aeußerung des Hrn. v. Schrend gern entgegensehen.
Er. w. erlaube ich ergebenst, sich hiernach gegen den Hrn. v. Schrend
auszusprechen und demselben Abschrift gegenwärtiger Depesche mitzu-
theilen. v. Bismarck.

Deutschland.

Frankfurt, 28. Nov. (Offizielle Mitteilung)
über die Bundestags-Sitzung vom 27. d. M.) In
der heutigen Sitzung ließ die k. württembergische Regierung,
nach Vorgang der groß. heftigen Regierung in der Sitzung
vom 20. d. M., in Uebereinstimmung mit derselben, ihre anti-
zipirte Abstimmung über die Ausschusshandlungen bezüglich der
Aufhebung der öffentlichen Spielbanken abgeben, auch darin
ausdrücklich ihren Anschluß an den Vorschlag jener Regierung
wegen anderer Fassung dieser Anträge erklären.

Sodann beschäftigte sich die Bundestagsversammlung mit einer,
die Bundesfestung Mainz betreffenden Angelegenheit, und ge-
nehmigte, auf Vortrag des Militär-Anschusses, den zwischen
dem Generaldirektion der gedachten Bundesfestung Mainz und
der Verwaltungsrathe der heftigen Ludwigseisenbahn wegen
der Erweiterung des Bahnhofes der letzteren abgeschlossenen
Vertrag.

Frankfurt, 28. Nov. Die Mitglieder der Kommi-
sion zur Berathung eines gemeinsamen Patengesetz-
Entwurfs haben seit ihrem Zusammenritt am 24. d.
bis heute täglich Sitzungen gehabt, so daß sie mit ihren Arbei-
ten wohl in etwa drei Wochen fertig sein dürften. Den Vorsitz
führt der Bevollmächtigte des Reichs, Prof. Höchsmann.
Baden ist in der Kommission nicht vertreten. Gestern hatten
sämmliche Mitglieder eine Einladung zu Hrn. v. Kübeck er-
halten. Beschied ist die Kommission von Oesterreich, Bayern,
Württemberg, Sachsen, Hannover und Groß. Hessen.

München, 26. Nov. (Münch. Korr.) Die bevorstehende

General-Zollkonferenz wird sich auch mit der Frage
über die nächste deutsche Industrieausstellung beschäftigen.
Nach einem frühern Uebereinkommen soll alle zehn Jahre
eine solche stattfinden, und der letzten im Jahr 1864 in
München stattgehabten soll demnach eine solche im Jahr 1874
folgen. Für die Eröffnung der Konferenz ist ein bestimmter
Tag noch nicht festgesetzt, und dieselbe wird vielleicht erst in
der zweiten Woche des Januar stattfinden.

Kassel, 27. Nov. Das Ausschreiben des Ministeriums
des Innern, betreffend die Wiederberufung der verhandelten
Ständerversammlung, lautet ohne weitere Motivierung
wie folgt:

Nachdem Er. Königl. Hoheit der Kurfürst die Wiederberufung
der am 19. d. M. verhandelten Ständerversammlung auf den 4. d. M.
allerhöchstens verordnet haben, so wird solches zur Nachachtung für Alle,
die es angeht, hierdurch bekannt gemacht. Kassel, am 27. Nov. 1862.
Kurfürst. Ministerium des Innern: v. Sternberg.

Köln, 28. Nov. (Köln. Ztg.) In der gestrigen Ver-
sammlung der Stadtverordneten wurde der k. Appella-
tionsgerichtsrath Bachem in Köln zum Bürgermeister
unserer Stadt gewählt. Für das Amt des zweiten Beigeor-
dneten wurde Hr. Paul Franck wiedergewählt.

Aus Thüringen, 28. Nov. Die „Koburg. Ztg.“
erklärt heute, daß sie im Stande sei, den durch alle Zeitun-
gen laufenden Gerüchten von einer etwaigen Kandidatur des
Prinzen Alfred auf den griechischen Königsthron auf
bestimmteste zu widersprechen.

Die deutsche „Schützen- und Wehr-Ztg.“, das Organ des
deutschen Schützenbundes, bringt einen Mahnruf zur Erri-
chtung von Wehrvereinen. Hätten diese auch ihre Haupt-
schwierigkeit im Kostenpunkt, so werde doch in Betreff dessen
der Nationalverein und der deutsche Schützenbund durch
Geldvorschuße sicherlich hilfreiche Hand bieten.

Dresden, 28. Nov. In einer Anmerkung zu der Debatte
der Zittauer Handelskammer über die den Han-
delsvertrag betreffende Resolution läßt das „Dress. Journ.“
sich über den veröffentlichten Brief des Hrn. v. Bentz an
Hrn. Boype, dem zufolge Sachen des Handelsvertrags „zur
Noth ertragen könne“, ausführlich aus, um den Eindruck die-
ser Stelle zu v. wachen. Es sei dies ja nur ein Privatbrief,
der nicht bestimmt gewesen sei, die Stellung der sächsischen
Regierung zu präzisieren. Das „zur Noth ertragen“ beziehe
sich nur auf die Nachtheile, die Vortheile hervorzuhellen sei
keine Veranlassung gewesen, da der Brief ja nur davon ge-
handelt habe, welche Art der Aussprache für die Vertreter in
München die geeignetste gewesen sein würde, um mit Erfolg
ein Verständniß zu erleichtern. Also die Vortheile des Ver-
trages todtschweigen und zu thun, als ob man das Uebel nur
so eben ertragen könne, war der richtige Weg zur Verständi-
gung.

Hannover, 27. Nov. (Z. f. N.) In Isernhagen
wurde am Sonntag in sehr stark besuchter Versammlung der
Gemeindeglieder beschlossen, den Celler Beschlüssen beizutreten
und die künftige Versammlung zu beschicken. — Eine am 25.
d. in Osterode abgehaltene, von 250 Personen besuchte
Versammlung von Mitgliedern der protestantischen Kirchen-
gemeinde erklärte trotz vorher ergangener „Verwarnung“
einmüthig ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Celler Pa-
storalkonferenz vom 7. Okt. d. J.

Lübeck, 28. Nov. (Lüb. Z.) Der Vertrag mit den ande-
ren freien Städten über die Kompetenz und den Prozeßgang
des Oberappellationsgerichts in Strafsachen u. v.
d. a. erhielt heute die Zustimmung der Bürgerschaft. So-
dann kam die Strafprozeßordnung zur Verhandlung. Nach-
dem zunächst der präjudizielle Antrag von Dr. Drehmer auf
Einführung von Geschworenengerichten abgelehnt
worden war, ward der vorgelegte Senatsentwurf ohne wesent-
liche Änderungen angenommen.

Berlin, 27. Nov. Die „Kreuzzeitung“ theilt die Rede
mit, womit Er. Maj. der Königin die am 18. d. überreichten
Adressen der Abornungen von Eberfeld und Marienburg
beantwortet hat. Dieselbe schließt mit folgenden Worten:

Es thut mir leid, daß ich jetzt ohne festgestelltes Budget regieren muß.
Das ist freilich ein Ausnahmestand. Es wird in die geregelte Bahn
wieder eingeleitet werden; inessen muß die Landesvertretung auch an
ihrem Theile dazu mitwirken, daß dies möglich werde, und von ihren ver-
fassungsmäßigen Rechten nicht einen Gebrauch machen wollen, der meine
Regierung lähmen und das Land wehrlos machen würde. Ich kann die
Rechte der Krone nicht preisgeben. Sehen Sie nur zu, daß auch Sie an
Ihren Theile mitwirken, gute Gesinnungen in Ihrer Heimath zu verbreiten.

Ein Korrespondent der „Köln. Ztg.“ theilt die Schluss-
stelle der nach Kassel gerichteten preussischen Note ein-
fach auf eine „eventuelle Suspension der Regierungsgewalt
des Kurfürsten und Einrichtung einer Regentenschaft“ unter
Zuziehung der Agnaten. — Von „zuverlässiger Seite“ erhält
dasselbe Blatt eine authentische Mitteilung über den Inhalt
der Rückänderung, die von Seiten des preussischen Kabinetts
auf die, die italienische Frage betreffende Artikularde-
pesche des Hrn. Drouyn de Lhuys stattgefunden hat. Es
ist darin nur einfach die Uebereinstimmung mit der Auf-
fassung des Kabinetts der Kaiserin rückichtlich der römischen
Frage ausgesprochen, und es geschieht der Depesche des Hrn.
v. Schleinitz vom Okt. 1860 darin durchaus keine Erwähnung.

Die Nachricht bestätigt sich, daß Graf Frenyitz defini-
tiv das Handelsportfeuille übernehmen werde; dagegen sind
die Gerüchte ungroundet, daß Hr. v. Puttkammer oder Hr.
v. Manteuffel II. das Ministerium des Ackerbaues erhalten
würden. — Es ist hier ein öffentliches Geheimniß — schreibt
man der „Köln. Ztg.“ — daß der Diplomat, welchem das
Unglück mit dem verkauften Schreiberthum passierte, Hr. Pro-
f. v. Dönnig war. [Anderer sprechen von dem Mar-
quis de Moustier.] — Den beiden wegen Bruchs der
Amtsverpflichtung durch Veröffentlichung des bekannten
Briefes des Hrn. v. Heydt an den Kriegsminister v. Moos
angeklagten Beamten des Kriegsministeriums, Barrow
und Moll, ist jetzt das Urtheil des Staatsministeriums
mitgetheilt worden, nach welchem sie aus dem Staatsdienst

ohne Pension entlassen werden. — Es steht die Errichtung
der Kriegsschule in Eger (trotz Streichung!) durchaus
fest. Der Major v. Beyer ist zum Direktor derselben er-
nannt. An ihr lehren: Hauptmann Steffer, v. Wohlge-
muth, Bliedener und Quadt. — Man schreibt der „Volk-
Ztg.“ aus Göttingen: „In der öffentlichen Sitzung des hie-
sigen Polizeigerichts vom 22. d. M. wurde der Redakteur des
hier erscheinenden „Anzeigers“, in dem die Einzahlung von
Beiträgen zum Nationalfonds mitgetheilt worden war, von
der deshalb gegen ihn erhobenen Anklage freigesprochen.“

Berlin, 28. Nov. Der Bundestags-Gesandte v. We-
dem erscheint seit seiner Ankunft von Frankfurt täglich im
Ministerium des Auswärtigen. Namentlich hat derselbe häu-
fige Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten. Wie uns
mehrseitig versichert wird, finden hier jetzt umfassende Berathun-
gen über die am Bunde schwebenden Fragen, sowie über
die Gegenstände statt, für welche eine Behandlung am Bunde
in Aussicht genommen ist. Die Meldung der „Köln. Ztg.“,
daß die englische Regierung, veranlaßt durch die Zu-
stimmung Preussens, ihre Vermittlungsvorschläge in der
Schleswig-holsteiner Frage nach deren von dänischer
Seite erfolgten Ablehnung aufs neue in Kopenhagen
empfohlen habe, wird in hiesigen politischen Kreisen bestätigt.
— Demnächst soll die Wiederberufung der erledigten Stellen
im Konsistorium der Provinz Brandenburg erfolgen. Als
Präsident an die Spitze dieser kirchlichen Behörde wird wahr-
scheinlich der Geh. Rath Mathis treten. Bekanntlich war
derselbe im Jahr 1848 Direktor im Ministerium des In-
nern, wurde damals auf Wartegeld gesetzt, und schied im
vorigen Jahre gänzlich aus dem Staatsdienst. — Wie ver-
lautet, wird an Stelle des zum Regierungspräsidenten in
Frankfurt a. d. Oder ernannten Hrn. v. Mühlhausen
der Vizepräsident v. Roge in Königsberg nach Magde-
burg kommen. Als den mutmaßlichen Nachfolger des
Hrn. v. Roge in Königsberg bezeichnet man den vor zwei
Jahren zur Disposition gestellten früheren Vizepräsidenten der
Regierung in Posen, Hrn. v. Mirbach. Auch die Wieder-
berufung der Regierungspräsidentenstelle in den hohen-
ollernschen Landen steht alsbald zu erwarten. Der seitiger
Inhaber derselben, Präsident Seydel, welcher bekanntlich
zu Neujahr das Amt eines Oberbürgermeisters von Berlin
übernimmt, wird schon binnen kurzem von seinem jetzigen
Posten zurücktreten. — Die am Montag, Dienstag und
Mittwoch hier vollzogenen Ergänzungswahlen für das zu
Neujahr ausstehende Drittel der Stadtverordneten-
Versammlung sind überwiegend im Sinne der liberalen
Partei ausgefallen. Doch hat die Fortschrittspartei keines-
wegs die Mehrzahl der Kandidaten durchgesetzt, um deren Er-
wählung sie sich bemühte. Die meisten Neugewählten
gehören der liberalen Mittelpartei an. In der 1. und
2. Wahlabtheilung hat auch die feudale Partei manchen
Erfolg davongetragen. Bei fast allen diesen Wahlen
traten die Gegensätze der Parteien in voller Schroffheit
hervor. — Der bisherige k. russische Gesandte am hiesigen
Hofe, Baron v. Dubberg, hat in der gestrigen Abschieds-
audienz von Er. Maj. dem König das Großkreuz des Rothen
Adler-Ordens erhalten. Heute Nachmittag hatte derselbe
im russischen Gesandtschaftshotel ein Abschiedsdiner veran-
staltet, zu welchem u. A. der Ministerpräsident v. Bismarck
und der Unterstaatssekretär v. Sydow, sowie mehrere Mit-
glieder des diplomatischen Korps eingeladen waren. Hr.
v. Dubberg wird morgen Berlin verlassen, um sich auf seinen
Botschafterposten nach Paris zu begeben.

Königsberg, 26. Nov. In der gestrigen Stadtverord-
netenversammlung wurde die Kabinetts-Ordnung mitgetheilt,
nach welcher auf die Bitte des Magistrats, die der Stadt bis-
her vom Staate gewährte Beihilfe von 12,000 Thlrn. zur
Ordnung der Kriegsschulen auch ferner vom Jahr
1863 ab zu gewähren, abschlägig entschieden worden ist.

Wien, 27. Nov. Der „Botschafter“ hat dieser Tage
gemeldet, daß jüngst in Pest eine Besprechung hervorgetrage-
ner Männer stattgefunden habe, bei welcher eine Revision der
1848er Gesetze und die Absendung einer zahlreichen Deputa-
tion an den Kaiser beschloffen worden sein soll. Jetzt schreibt
man demselben Blatt berichtend, es sei wohl ein solcher An-
trag gestellt, aber nicht zum Beschluß erhoben worden. Die
Stimmung in den maßgebenden ungarischen Kreisen sei kei-
neswegs eine derart entgegenkommende, und Alles, was man
einzugehen bereit wäre, beschränkt sich auf eine Modifikation
der Institution des Palatinats und Ver-
zinsleistung auf ein ungarisches Kriegsmini-
sterium. Von einer parlamentarischen Behandlung der
gemeinsamen Angelegenheiten wolle man noch immer nichts
wissen und halte an dem in der Deatschen Adresse vorgeschla-
genen Modus „einer Vereinbarung von Fall zu Fall“ durch
eine gemischte Kommission fest, deren Zusammenfassung
und innere Organisation künftigen Verhandlungen überlassen
bleiben soll. Ebenso wünsche man in allen finanziellen An-
gelegenheiten die vollste Selbstbestimmung. Dies sei in den
Hauptzügen das Programm, in dem sowohl die Deattaner
als die Majorität der ehemaligen Beschlußmänner überein-
stimmen. Ob der künftige Landtag in seinen Konzeptionen
weiter gehen wird, sei schwer, wenn nicht unmöglich zu be-
stimmen.

Italien.
Turin, 21. Nov. (A. Fr. Ztg.) Die finanzielle
Lage des Königreichs Italien ist keineswegs glänzend. Das
Budget für 1863, welches die Regierung bereits im August
der Deputirtenkammer vorgelegt hat, schließt mit einem be-
trächtlichen Defizit ab. Die Ausgaben sind auf 539 Mil-
lionen Franken normirt, worunter 72 Millionen außerordent-
liche Ausgaben, die Einnahmen dagegen sind auf 614 Mil-
lionen veranschlagt, worunter 460 Millionen außer-
ordentliche Einnahmen. Von diesen außerordentlichen Ein-
nahmen ist jedoch der bei weitem größte Theil (50 Millionen)
durch Veräußerung von Staatsdomänen, also durch Vermin-
derung am Kapital des Staatsvermögens, erzielt. Trotz

